

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

42 (27.10.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3 Nr. 42

Mannheim, 27. Oktober 1948

Preis 15 Pfg.

Mit brutaler Gewalt soll es erreicht werden!

Französische Regierung mit Riesenaufgebot von Polizei und Militär gegen die Lebensrechte der französischen Arbeiter — Die Streikkämpfe ein gefürchtetes Beispiel für die Profithyänen der Welt

Nach Rundfunk- und Pressemeldungen aus Frankreich hat die französische Regierung und ihr Innenminister Jules Moch alles aufgegeben, um des Streiks der französischen Bergarbeiter Herr zu werden. Ein Riesenaufgebot ist in Bewegung gesetzt, um mit Gewalt den Kampf der französischen Arbeiter um ihre elementaren Lebensrechte niederzuschlagen.

Aus den Einzelmeldungen ergibt sich das Bild eines ungeheuren Polizeieinsatzes gegen die Streikenden. Selbst Panzer werden gegen die Streikenden, die ihre Gruben gegen eine Besetzung durch Militär verteidigen, eingesetzt.

100 000 Mann der republikanischen Sicherheitsgarde und der Polizei haben am Montagmorgen in dem Departement Nord und Pas de Calais auf Befehl des Innenministers Moch eine Operation größten Ausmaßes begonnen, um den französischen Bergarbeiterstreik abzuwürgen. Wie Innenminister Moch in einer Rundfunkansprache betonte, haben die Truppen im Laufe des Vormittags das Gebiet zwischen der belgischen Grenze und der Straße Douai-Lille erreicht. Die Kohlenreviere von Douai und Valenciennes sind amtlichen Meldungen zufolge abgeriegelt worden. Der Gesamtdurchgangsverkehr wurde unterbrochen. Gleichzeitig nahmen die Behörden zahlreiche Verhaftungen unter den Bergarbeitern vor. In den Bergwerkgebieten von Mittel- und Nordfrankreich treffen laufend Truppen ausgesuchter senegalesischer Infanterie und besonders geschulter Polizeiformationen ein. Ferner schafft die Regierung weitere Truppen aus Nordafrika und aus der französischen Besatzungszone Deutschlands hin. Angesichts der überwältigenden Uebermacht haben die Arbeiter in verschiedenen Gruben die Streikposten zurückgezogen. In St. Etienne ist die Bevölkerung dem Aufruf des allgemeinen Gewerkschaftsbundes, einen 24-stündigen Generalstreik aus Protest gegen das Verhalten der Truppen in Flandern durchzuführen, gefolgt. Der Verkehr der Stadt ist vollkommen lahmgelegt und die Geschäfte sind geschlossen. Auf der Grube Courist haben sich 3000 Bergarbeiter verbarrikadiert. In Reims, im Departement Nord, legten die Metallarbeiter aus Protest gegen die Verhaftung von streikenden Bergarbeitern die Arbeit nieder. In den Textilfabriken von Valenciennes sind die Arbeiter in einen Sympathiestreik getreten. In Sessevalle (Nordfrankreich) hatten sich die Streikenden geweigert, die von ihnen besetzten Bergwerke zu räumen. In Süd- und Südwestfrankreich sind die Eisenbahner erneut in den Streik getreten.

Der Streik der französischen Arbeiter, insbesondere der der Bergarbeiter, ist einer internationalen Hetze beispiellosen Ausmaßes ausgesetzt. Es fehlt keine Verleumdung, die je über Kämpfe der Arbeiterschaft seit Jahrzehnten gebraucht worden ist, die nicht Auferstehung gefeiert hätte. Natürlich sind die Streiks in Frankreich vom Ausland, von der Kominform angezettelt! Natürlich fließen dem französischen Gewerkschaftsverband aus dem Ausland Gelder zu! Natürlich ist das Ganze nur Verhetzung und dient „politischen Zwecken“ und ebenso natürlich ist es, daß man für alle diese Lügen und Verleumdungen die „Beweise“ hat. Das wird ewig nicht anders sein, wenn Arbeiter kämpfen, die es dabei noch mit Entschlossenheit tun. Seit es einen Marshallplan in Europa gibt, ist jede Äußerung des Willens ausgeplünderter Werktätiger sich zur Wehr zu setzen, für ihre Lebensrechte zu kämpfen, ein Kapitalverbrechen. Wo durch irreführende Propaganda der Zustand nicht erreicht wird, daß sich die Arbeiterschaft willenslos das Fell über die Ohren ziehen läßt, wird rücksichtslos der staatliche Gewaltapparat in Bewegung gesetzt. In Frank-

reich tut dies eine Regierung, die im Innern des Landes unter der Bevölkerung kaum einen Anhang hat, eine Tatsache, die für eine gewisse Demokratie und für die, die sie im Munde führen, charakteristisch ist. Der französischen Regierung Queuille kommt es nicht darauf an, gegen die Lebensinteressen des schaffenden Volkes und die von ganz Frankreich zu handeln, wenn sie des Beifalls der Wallstreet-Magnaten sicher ist.

Die Größe der französischen Streiks, die Energie, mit der sie geführt werden, ist für jeden vernünftig denkenden Menschen der Beweis, daß sie elementare Lebensinteressen zur Grundlage haben. Mit Hetze, mit Verleumdung, mit Gewaltmaßnahmen ist noch nie ein Mensch satt geworden, und ist aus dem verfaulenden Kapitalismus, aus dem nicht mehr lebensfähigen System des Imperialismus — auch nicht mit der Injektion des Marshallplanes — ein Zustand des Wohlstandes für die Menschen zu schaffen. Das beweisen die Vorgänge in Frankreich. Sie beweisen aber auch, daß die werktätige Bevölkerung Frankreichs in weitem Maße die Zielsetzung des sozialistischen Kampfes zur Ueberwindung des Kapitalismus in ihren Kämpfen um die Sicherung der Lebensexistenz erkannt hat.

Es scheint, daß die Imperialisten der

Welt, die erneut Ketten der Versklavung der Völker schmieden und dabei sind, einen dritten Weltkrieg zur Rettung ihrer Herrschaft und ihres Profites zu organisieren, über den Kampfesmut der französischen Arbeiter erschrocken sind. Sie sind mit Recht erschrocken, denn Frankreichs Arbeiterschaft hat in Westeuropa ein Beispiel unerhörten Mutes und Entschlossenheit gegeben, ein Beispiel, von dem man fürchtet, es könnte Schule machen.

Die wahre Ursache der Streiks

(Rdfk.) Das Mitglied des Zentralkomitees der KP Frankreichs, Florimont Bonte, erklärte dem Vertreter einer amerikanischen Presse-Agentur, daß die zunehmende Verelendung der französischen Arbeitermassen die wahre Ursache des Streiks der Bergarbeiter sei. Der Kampf des Bergarbeiters gehe um die eigene Verteidigung des Brotes für seine Familie. Als unerträgliches Druckmittel für das französische Volk und einer Einmischung in die Angelegenheiten Frankreichs bezeichnete Bonte den Marshallplan, der die französische Wirtschaft ruiniere. Zu der vor kurzem von seiner Partei abgegebenen Erklärung, daß die französische Arbeiterschaft niemals gegen die Sowjetunion kämpfen wird, erklärte Bonte, der Versuch der imperialistischen Kräfte, das französische Volk mit Hilfe de Gaulles und Leon Blums in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu hetzen, sei ebenso zum Scheitern verurteilt, wie der Versuch Hitlers, das gleiche mit Hilfe Pétains und Lavalis zu erreichen.

Berlin - Hauptstadt Deutschlands

Erklärung der KPD-Fraktion des Wirtschaftsrates zum „Notopfer Berlin“

Die Fraktion der KPD im Wirtschaftsrat erhebt schärfsten Einspruch und Protest gegen das sogenannte „Notopfer Berlin“. Unter dem Vorwand, Berlin zu helfen, werden die werktätigen Massen Westdeutschlands durch dieses „Notopfer“ starkstens belastet.

Die sogenannten freiwilligen Spendenaktionen haben sich als Propagandatricks erwiesen und führten zum Mißerfolg. Darum greift man auf die berühmten Methoden der zwangsweisen Belastung der Werktätigen zurück. 60 Pfennig sollen pro 100,- DM Einkommen und 50 Pfennig je Haushalt abgezogen werden.

Der Zweck der politischen Aktion für das sogenannte „Notopfer Berlin“ ist nur, die Werktätigen Westdeutschlands über die katastrophale Wirtschaftslage und volksfeindliche Preis-

politik hinwegzutäuschen. Auf dem Wege dieser neuen Abzüge soll die nur unter Druck ausbezahlte Kopfquote wieder eingezogen werden. Diese Belastung der arbeitenden Menschen Westdeutschlands hat nur den Sinn, neue Millionen D-Mark aus den Werktätigen herauszupressen, um die auf schwachen Füßen stehende D-Mark zu retten.

Die Werktätigen Westdeutschlands lehnen es ab, die Kosten für die Kriegspropaganda, die mit Berlin betrieben wird, zu zahlen.

Berlin kann nur geholfen werden durch Verwirklichung der Beschlüsse von Potsdam, durch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands!

Berlin war, ist und bleibt die Hauptstadt Deutschlands!

Erhöhung der Renten und Unterstützungssätze

Antrag der KP im württembergisch-badischen Landtag

Die kommunistische Fraktion brachte im württembergisch-badischen Landtag am 20. Oktober mit der Begründung, daß die rapiden und noch nicht abgeschlossenen Preissteigerungen nach der Währungsreform die Notlage aller Bezieher von Renten sowie der Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung dauernd verschlimmerten, den Antrag ein, der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, 1. erneut und mit Nachdruck bei der Militärregierung darauf hinzuwirken, daß die wiederholt vom Landtag ausgesprochene Forderung, den Jahresarbeitsverdienst zur Berech-

nung der Renten aus dem KB-Leistungsgesetz von 1800 auf 2400 DM zu erhöhen, genehmigt wird und die Witwenrenten nach den Bestimmungen der Sozialversicherung berechnet werden können;

2. in Verbindung mit der Vertretung der Städte und Gemeinden geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die kargen Sätze der Wohlfahrtsunterstützung um 20 Prozent zu erhöhen, damit die Unterstützungsempfänger halbwegs einen Ausgleich für die sprunghaft ansteigende Erhöhung der Lebenshaltungskosten erhalten.



Rudolf Kohl

ehemaliger Arbeitsminister spricht

Donnerstag, 28. Oktober, 19 Uhr, im Rosengarten Mannheim

Zur Riesenkundgebung in Mannheim

Was nun weiter?

Annähernd 70 000 Mitglieder zählt der Gewerkschaftsbund Mannheim. Trotz Arbeitsgenehmigung für Reichsbahn, Post, Krankenhäuser und Notdienst in lebenswichtigen Betrieben und gefährdeten Werksanlagen war die Teilnehmerzahl bei der Protestkundgebung am vergangenen Mittwoch weit größer als die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder des Gewerkschaftsbundes.

Eingeweihte wissen, daß es nicht dem Verdienst der Gewerkschaftsleitung in Mannheim zuzuschreiben ist, wenn sich eine solche niegesehene Volksmasse zum Protest gegen hohe Preise und niedere Löhne zusammengefunden hat.

Das ewige Schielen nach dem Bundesvorstand in Stuttgart, dem Gewerkschaftsrat in Frankfurt und nach dem väterlichen Wohlwollen der Besatzungsmacht hat den Blick der Mannheimer Gewerkschaftsleitung für den von den Funktionären und Mitgliedern verlangten Einsatz der geballten Kraft der Gewerkschaften getrübt.

Der Vorsitzende des Ortsausschusses Mannheim hat in der Kundgebung mit Recht zum Ausdruck gebracht, daß es angesichts der heutigen Wirtschaftsanarchie mit ihren verbrecherischen Begleiterscheinungen Unsinn wäre, von Verhetzung der breiten Massen zu reden. Diese Erkenntnis müßte ihm allerdings schon längst gedämmert haben, denn er weiß ja von den unzähligen Betriebsdelegationen und sonstigen Protesten gegen die Zurückhaltung der Führung der Gewerkschaften. Selbst die lammesgeduldigsten Betriebsräte und Funktionäre haben der Leitung der Gewerkschaften vor Augen geführt, daß es so nicht weiter geht, daß die Belegschaften nicht länger zu halten sind, daß die Gewerkschaften etwas Entscheidendes tun müßten, um der Auspowerung und Verelendung der Werktätigen ein Ende zu setzen.

Die Stimmung bei den Teilnehmern der Kundgebung, ihre Sprechchöre und Transparente haben gezeigt, daß ein weiteres Zögern und Hinhalten zu einer ersten Gefahr für den Bestand der Gewerkschaften werden kann.

Die provozierende Rede des wildgewordenen Professors in Frankfurt, der von „Dummheit und Gemeinheit“ derjenigen spricht, die seine verderbliche Politik bekämpfen, (weil das Märchen von den kommunistischen Drahtziehern nicht mehr verfängt), hätte einer vier schärferen Abwehr bedurft, als es in den Ausführungen des Vorsitzenden Schweizer zum Ausdruck kam. Das ist die Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer, selbst derjenigen, die das gleiche Parteibuch wie Schweizer besitzen.

Es wäre ein nie gut zu machender Irrtum, anzunehmen, daß die Mannheimer Werktätigen ihrer Gewerkschaftsführung noch einmal eine so lange Pause genehmigen, wie vor der „letzten Warnung“ des 24stündigen Streiks im Februar bis zum 20. Oktober 1948. Man möge sich darüber klar werden, daß jetzt sofort alle Vorbereitungen getroffen werden müssen, um den Kampf für die wirkliche Verbesserung der unhaltbaren wirtschaftlichen Situation der Arbeitnehmer, der Opfer der

Nächste Woche

8 Seiten

Arbeit, des Krieges und der Währungsreform zu organisieren.

Die Kritik jener unentwegten Auchgewerkschaftler, die noch jetzt die Frankfurter Wirtschaftspolitik verteidigen und den Schrecken ohne Ende einem kraftvoll geführten Angriff zum guten Ende vorziehen, darf nicht länger richtunggebend für die Marschroute der organisierten Arbeitnehmerschaft sein. Das wäre Selbstaufgabe der Gewerkschaften und der Todesstoß für das Klassenbewußtsein ihrer Mitglieder.

Auch diejenigen, die sich mit dem Erfolg der Kundgebung der Hunderttausend begnügen möchten, sollen sich nicht täuschen und die Gewerkschaftsleitung nicht in einer falschen Einschätzung der Lage bestärken. Es besteht begründeter Verdacht, daß man diesen Leisetretern mehr Gehör schenken möchte als dem eindringlichen Ruf aus den Betrieben.

Die gewaltige Kundgebung in Mannheim und in allen größeren Städten Nordbadens müßten die letzten Zweifel des Bundesvorstandes und des Gewerkschaftsrates beseitigt haben, daß der Kampf gegen die Wirtschaftsbürokratie der Erhard, Pünder und Schlangenschönungen um so erfolgreicher ist, je schneller er ausgetragen wird.

Die Vernichtung des Gewerkschaftsvernögens durch die Währungsreform darf nicht zum Vorwand werden, Kämpfen auszuweichen. Die Werktätigen haben in Krieg und Nachkrieg genug ermaßen Opfer bringen müssen für die Politik wahnsinniger Verbrecher und kapitalistischer Ausbeuter. Sie werden, auch ohne Beanspruchung der Gewerkschaftskassen, den Kampf gegen die Verelendung aufnehmen in der Erkenntnis, daß schließlich ein anderer Weg doch nicht bleibt. Ihr einmütiger Wille muß auch von der Besatzungsmacht als der „Hüterin demokratischer Selbstbestimmung“ respektiert werden.

Auf der Kundgebung sind nicht einmal die Repräsentanten der Mannheimer Betriebe, geschweige denn die Vertreter der politischen Parteien, wie dies dutzendfach verlangt wurde, zu Wort gekommen. Es wäre vielleicht ein begeisterter Schwung in die Massen gekommen, sicher sogar eine Stärkung des Kraftbewußtseins der Arbeitnehmerschaft. Daß der Kollege Schweizer aber nicht einmal den einstimmigen Beschluß der Kartelldelegiertenkonferenz auf Forderung einer Einkellerungsbeihilfe für Arbeitnehmer und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger erwähnte, beweist, daß ihm dieser Beschluß nicht ernst, wahrscheinlich sogar unangenehm ist.

Wir Betriebsräte haben die Belegschaften der Mannheimer Betriebe über diesen Beschluß informiert. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß es im Belieben oder Nichtbelieben eines Gewerkschaftsführers steht, einen einstimmigen Beschluß der höchsten örtlichen Gewerkschaftsinstanz zu desavouieren oder ernsthaft zu vertreten. An den Belegschaften der Betriebe liegt es, der Forderung ihrer Delegierten in den Betrieben Nachdruck zu verleihen.

Wir haben nicht jahrelang gehungert und uns das Mark aus den Knochen schinden lassen, um denen, die unser nationales und persönliches Unglück verschuldet haben, ein Leben in Wohlstand und Wonne zu schaffen. Wir haben weder die Betriebe für die macht- und profithungrigen Unternehmer, noch unsere Gewerkschaften für den Zweck aufgebaut, unsere Kraft in den Kartellkisten der Gewerkschaftsbüros zu demonstrieren. Die Gewerkschaften waren, sind und bleiben Kampforganisationen! Sie waren es und müssen es auch heute sein.

Dies ins Stammbuch derjenigen, die das nicht wahr haben oder nicht wahr machen wollen! Sie mögen es beherzigen, denn sie strafen sich sonst selbst Lügen, wenn sie plakatieren:

„Geredet ist genug!
Jetzt muß gehandelt werden!“

Zusammenstöße in Helsinki

(dpd-Reuter) Zwischen 200 Polizisten und etwa 1000 Streikenden kam es am Samstag in Helsinki zu schweren Zusammenstößen, als die Polizisten Arbeitswillige zur Arbeit geleiten wollten. Ähnliche Zusammenstöße ereigneten sich in mehreren finnischen Städten.

Das Organ der Kommunistischen Partei Finnlands beschuldigte am Samstag die sozialdemokratische Regierung, durch andauernde Provokationen einen Bürgerkrieg auslösen zu wollen.

Volksecho-Redakteur vor dem Militärgericht

E. B. Vor dem Mittleren amerikanischen Militärgericht in Ludwigsburg fand am vergangenen Freitag das Verfahren gegen den Redakteur des „Badischen Volksechos“, Kurt W. Weber, mit dem Plädoyer der beiden Staatsanwälte und des Verteidigers seinen vorläufigen Abschluß. Die Urteilsverkündung wird am Montag, den 1. November, erfolgen. Die Verhandlung und die Einvernahme der Zeugen der Anklage und der Verteidigung nahm fünf Tage in Anspruch. Leider gab die Berichterstattung des Stuttgarter Rundfunks und der lizenzierten Presse nur ein sehr einseitiges Bild vom Verlauf des Prozesses. Die Anklage war in einer umfangreichen Anklageschrift von 22 Punkten niedergelegt, von welcher der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Richard Bauer, Mannheim, erklärte, es sei die umfangreichste, die ihm in seiner bisherigen Praxis vor den Militärgerichten vorgelegt habe. Mehrfach wies die Verteidigung während des Prozesses darauf hin, daß bei der Fülle des Materials die zur Vorbereitung zur Verfügung stehende Zeit durchaus ungenügend gewesen sei. Das Gericht ging jedoch auf diesen Einwand nicht ein.

Die ersten Verhandlungstage brachten die Aussagen der von der Anklage benannten Zeugen, welche interessante Einzelheiten zu den verschiedenen Anklagepunkten berichteten. Ihre Aussagen untermauerten durchaus nicht immer die Behauptungen der Anklage. So mußte z. B. Mr. William Sailer von der ICD der Militärregierung Württemberg-Baden gestehen, daß er, zu

dessen Pflichten und Aufgaben es gehörte, die gesamte Presse zu überwachen, ausgerechnet jenen Satz in der in Stuttgart erscheinenden amerikanischen lizenzierten Fachzeitschrift „ABC Wirtschaftsmarkt“ übersehen hatte, in dem von Seifenlieferungen als Reparationen die Rede war und den der Angeklagte in seinem Blatt unter Angabe der Quelle veröffentlicht hatte. Erst durch die Veröffentlichung im „Badischen Volksecho“ wurde Mister Sailer auf die Veröffentlichung in der genannten Fachzeitschrift aufmerksam. Dr. Cron, der Vorsitzende des Württembergisch-Badischen Journalistenverbandes erklärte in der gleichen Sache, daß es bei Zeitungen allgemeinen Inhalts durchaus üblich sei, sich als Quelle der verschiedenen Fachzeitschriften zu bedienen. Auch die lizenzierte Presse verwendet in starkem Maße durch die verschiedenen Nachrichtenendienste bereits vorgeformtes Material. Es ist uns indessen kein einziger Fall bekannt, daß eine dieser Zeitungen oder einer ihrer Redakteure unter Anklage gestellt wurde, weil er in gutem Glauben eine Meldung seines Nachrichtendienstes verwandte, die sich als falsch erwies.

Der Zeuge Mr. Sailer gibt an, er habe die Beobachtung gemacht, daß von einem bestimmten Zeitpunkt im Jahre 1947 an, ein Kurswechsel bei den kommunistischen Zeitungen zu bemerken gewesen sei. Auf die Frage des Verteidigers hin, ob nicht vielmehr seine eigene Dienststelle von diesem bewußten Zeitpunkt an einen anderen Kurs eingeschlagen habe, sagte er,

Bizonale Vereinigung der IG. Metall

„Im Osten Deutschlands eine neue wirtschaftliche Ordnung“

E. R. „Es wird soviel von Gegensätzen zwischen Ost und West gesprochen“, erklärte Kollege Brümmer vor 278 Delegierten der britischen und amerikanischen Besatzungszone auf dem Vereinigungsverbandstag der Industriegewerkschaft Metall. „Im Osten Deutschlands“, so sagen uns unsere Kollegen, „entsteht eine neue wirtschaftliche Ordnung, und wir haben keine Veranlassung, unseren Kollegen nicht zu glauben.“

„Darum ergeben sich allerdings für die Gewerkschaften auch andere Aufgaben, als sie hier im Westen vor uns stehen“, so erklärte Kollege Brümmer weiter. „Hier herrscht der Kapitalismus. Doch dann, wenn wir in einheitlicher Kraft zusammenstehen, ist der kapitalistische Traum sehr schnell ausgeträumt.“

Zu Beginn des dreitägigen Vereinigungsverbandstages sagte Kollege Dr. Böckler in seiner Begrüßungsrede: „Wir werden uns nicht von unseren Aufgaben abdrängen lassen. Wir wollen das Uebel an der Wurzel fassen und Einfluß in der Wirtschaft erkämpfen.“

Kollege Hagen vom bayerischen Gewerkschaftsbund betonte, daß der Verbandstag nur der Anfang sein

sollte, und daß bald die Vereinigung über alle vier Zonen Deutschlands erfolgen müsse. 1870 000 Metallarbeiter in den vier Zonen hätten nur den einen Wunsch, in einer großen Gewerkschaft zusammenzuarbeiten, sagte Kollege Brümmer als Berichterstatter des vorbereitenden Ausschusses.

Mit 173 gegen 102 Stimmen wurde Frankfurt als Sitz des vereinigten Metallarbeiterverbandes bestimmt. Die Minderheit stimmte für Köln.

Zum Abschluß des Verbandstages wurde der Vorstand gewählt. Ihm gehören die Kollegen Brümmer (Stuttgart), Freitag (Mülheim/Ruhr) und Petersen (Hamburg) an, die den Vorstand gleichberechtigt vertreten. Daneben wurden zwei Stellvertreter und vier Sekretäre gewählt.

Wirtschaftsrat klatscht Beifall für Dr. Goebbels

In der Sitzung des Wirtschaftsrates am 19. 10. 48 stand der Plan „Notopfer für Berlin“ zur Debatte. Blitzlichtartig wurde während der Diskussion der wahre Charakter der großen „Frankfurter Koalition“ (SPD, CDU und LDP) erhellte, den man sonst hinter zahlreichen Schleiern und seidenen Vorhängen zu verbergen bemüht ist. Ein kleiner Vorfall zeigt besser als lange Kommentare, was Geistes Kind die Abgeordneten und die Verantwortlichen Bizonens sind.

Der Abgeordnete Fritz Sperling (KPD) bewies, daß die gesamte Berliner Frage zu einer politischen Propagandaaktion ausgeschlachtet werde. Er zitierte bei dieser Gelegenheit aus einer Zeitung eine Äußerung des Berliner Stadtrates Prof. Reuter (SPD), die eine wüste Hetze gegen die Sowjetunion darstellte. Durch laute Zurufe brachten die Abgeordneten der SPD, CDU und LDP ihre Uebereinstimmung mit dieser Antisowjethetze zum Ausdruck. Fritz Sperling zitierte weiter:

„Hier darf es kein Faktieren mehr geben, denn die Gefahr, die heute von Rußland her droht, ist akut und kann über Nacht als furchtbarstes Weltunglück über alle zivilisierten Nationen hereinbrechen.“

Wiederum erhob sich stürmischer Beifall bei den Abgeordneten der SPD, CDU und LDP. Als aber dann Fritz Sperling erklärte, daß das zweite Zitat von Dr. Joseph Goebbels stamme,

folgte der vorherigen Begeisterung ein betretenes Schweigen seitens der Abgeordneten. Die Zuhörer und die anwesenden Journalisten aber unterstrichen durch ein Gelächter, wie es noch nie in den Räumen des Wirtschaftsrates vernommen worden war, die Blamage der bizonensischen Patentdemokraten.

Sperling wies darauf hin, daß mehr als 75 Prozent der Gesamtsumme für das Notopfer Berlin von den Lohnempfängern gestellt werden müssen.

Genosse Sperling entlarvte das sog. „Mitleid“ mit den Berlinern, das von den bürgerlichen Parteien und der SPD in Szene gesetzt wird und führte aus: „Wenn man im Wirtschaftsrat von Mitleid spreche, dann frage er, ob sie Mitleid mit den Flüchtlingen in München gehabt hätten, also diese in den Hungerstreik getreten sind, ob sie Mitleid hätten mit den Arbeitern und Kleinrentnern in der Bizone, die nicht mehr ihre Lebensmittelrationen einkaufen könnten. Wenn man von Mitleid reden wolle, so müsse man dieses durch Maßnahmen zur Unterstützung der notleidenden im Westen und Süden Deutschlands unter Beweis stellen. Weil die Bevölkerung dieses Opfer nicht freiwillig bringe, gehe man zu Zwangsaktionen über, wie sie die Einführung von Sondersteuern darstellt. Was hier versucht werde, sei ein neuer Raubzug an der Arbeitnehmerschaft und den Aermsten unseres Volkes.“

daß er persönlich sich jedenfalls nicht gewandelt habe.

Der Leiter der Care-Paket-Organisation machte die interessante Mitteilung, daß seine Stelle der JEIA für drei Millionen Dollar Care-Pakete verkauft habe, das Stück zu vier Dollar, die vermutlich für die Bergarbeiter-Anreizaktion bestimmt waren. Verteidigung und Staatsanwaltschaft kamen überein, daß diese Pakete für drei Millionen 750 000 Dollar an deutsche Stellen weiterveräußert worden seien, das einzelne Care-Paket also zu 5 Dollar.

Es würde zu weit führen und den bescheidenen uns zur Verfügung stehenden Raum über Gebühr in Anspruch nehmen, auf alle Einzelheiten des Verfahrens einzugehen. Zweifels- ohne ergab sich, daß die ungeheuren Vorwürfe der Anklage sich reduzieren auf zwei oder drei selbst in stärker besetzten Redaktionen mitunter nicht zu vermeidenden technische Fehler und auf die in gutem Glauben erfolgte Uebernahme von Berichten aus der lizenzierten Presse, deren Inhalt sich später als falsch erwies. Den Nachweis für ihre Behauptung, daß diese technischen Fehler und Nachlässigkeiten aus böswilliger Absicht und bewußt entstanden seien, oder gar um einen Angriff gegen die Besatzungsmacht zu führen, ist die Anklage unseres Erachtens schuldig geblieben. Mit der bloßen Aufstellung einer Behauptung ist es ja nicht getan, sondern auch nach amerikanischem Recht muß sie bewiesen werden.

Eine Sonderstellung nahm die Behandlung des Anklagepunktes ein, in welchem der Vorwurf erhoben wurde, Kurt W. Weber habe sich durch die Uebernahme einer Veröffentlichung aus der Schweizer Zeitschrift „Tat“ nicht nur des Angriffs auf General Clay, sondern auch der Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts schuldig gemacht. Die beanstandete Veröffentlichung schilderte unter der Ueberschrift „Land ohne Lichtblick“ die hoffnungslose Geisteslage und ideologische Verwirrung der Bevölkerung in Westdeutschland, die sich in allerlei unsinnigen, offensichtlich im Nazismus wurzelnden Gedankengängen äußert. Wies schon die Ueberschrift eindeutig darauf hin, daß hier die hoffnungslose Geistesverfassung eben jenes Landes ohne Hoffnung angeprangert wird, um sie zu überwinden, so schilderte der darüberstehende Artikel, ein Auszug aus der englischen Zeitschrift „New Statesman and Nation“ unter der Ueberschrift „Dieselbe soziale Struktur wie 1939“, auf welchem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Nährboden diese Spätblüten des Nazismus wachsen und gedeihen. Dieser mit der beanstandeten Veröffentlichung in inneren zusammenhängende Artikel schließt mit der Feststellung, daß als Folge einer Reihe schwerwiegender Unterlassungen die alten nazistischen Kräfte wieder an die Oberfläche kommen und das Feld beherrschen. Ein als Redakteur bei der lizenzierten Presse tätiger Zeuge, selbst Jude und jahrelanger Schweizer Emigrant, mit dem der Angeklagte beim Lesen und Besprechen des Inhalts Schweizer Zeitungen zu dem Entschluß gekommen war, man müsse solche Pressestimmen veröffentlichen, erklärte im Gegensatz zu dem Anklagezeugen, F. K. Maier, daß die Veröffentlichung ganz eindeutig im Sinne der Bekämpfung der darin geschilderten Gedankengänge auf ihn gewirkt habe.

Die Mehrzahl der übrigen Anklagepunkte befaßt sich mit Karikaturen, Begleittexten, in denen ein Angriff gegen die Militärregierung erblickt wird. Die Anklage begnügte sich damit, die beanstandeten Zeichnungen als Beweisstück dem Gericht zu überreichen und festzustellen, sie sprächen für sich. Die Zeichnungen drücken Meinungen aus, welche von recht namhaften amerikanischen Persönlichkeiten geteilt werden, oder sie richten sich überhaupt nur an die deutsche Bevölkerung, mit der Aufforderung, einen eigenen Standpunkt zu beziehen. Ob man den Marshallplan als unverletzliches Dogma betrachtet oder aber glaubt, daß er sich zum Schaden der europäischen Wirtschaft und zur Spaltung Europas und insbesondere Deutschlands auswirke, ist letztlich eine Meinungsfrage. Und obwohl das Gericht sehr eindeutig auf die Schranken hinwies, die uns im besetzten Deutschland noch von der Pressefreiheit trennen, sind wir doch überzeugt, daß das Gericht nach sorgfältiger Ueberprüfung aller Unterlagen und Erwägung aller Umstände zu einem Freispruch kommen muß und wird.



Die Reichen sollen zahlen

Die Stadt Mannheim hat in dem am 30. September zu Ende gegangenen ersten Vierteljahr nach der Währungsreform 4 446 654 DM mehr Ausgaben als Einnahmen im ordentlichen Haushalt. Die Ausgaben betragen über 9 Millionen DM, die Einnahmen nicht ganz 5 Millionen DM. Das entstandene Defizit wird aus dem Gelde gedeckt, das die Stadt Mannheim nach der Währungsreform als einmalige ewige Dotation erhielt.

Für das ganze restliche Haushaltsjahr, also bis zum 31. März 1949, rechnet die Stadt mit einem Defizit von annähernd 7 Millionen DM (Gesamtausgaben 35 Millionen), das man ebenfalls durch die ewige Dotation auszugleichen gedenkt.

Wird man somit in Mannheim mit dem ordentlichen Haushalt auf Grund der Währungsreform gerade noch zu Rande kommen, so ist noch ungewiß, ob und woher die Gelder für den außerordentlichen Haushalt kommen. Die veranschlagten Ausgaben belaufen sich auf 14 Millionen DM, denen eine voraussichtliche Einnahme von 1 330 000 gegenüberstehen. Wenn es nicht gelingt, Anleihen aufzunehmen, dann müssen die Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes, wie Trümmerbeseitigung, sozialer Wohnungsbau, Wiederherstellung von Schulen, Brücken usw., eingestellt werden.

Dieses trostlose Bild, das die Vertreter der Mannheimer Stadtverwaltung in der letzten Stadtratssitzung zeichneten, zeigt, in welche hoffnungslose Lage die Gemeindefinanzen durch die Währungsreform und durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Frankfurter Bürokratie gekommen sind. Der Ausweg, der von dieser Seite vorgeschlagen wird, Kopfsteuer, Wohnraumsteuer, Energiesteuer, bedeutet eine weitere Belastung der Werkstätigen, eine Vergrößerung des Elends, eine Abwälzung der Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern der breiten Massen. Die ganze Politik der Frankfurter Bürokratie geht darauf hinaus, die Reichen zu schonen, sie recht viel verdienen zu lassen und das werktätige Volk immer mehr zu schröpfen. Die Verwaltungen der Städte und Gemeinden sollen dabei mithelfen.

Das werktätige Volk muß in seinem eigenen Interesse diese Politik ablehnen. Wir sagen:

„Die Reichen sollen zahlen“

Heranziehung der kapitalkräftigen Kreise zur Deckung der Defizite. Die Gemeinden müssen sparen. Der Oberbürgermeister hat in der erwähnten Stadtratssitzung bemängelt, daß noch nicht in allen Abteilungen genügend sparsam mit dem Material umgegangen wird. Der OB mag recht haben, aber es gibt noch andere Sparmöglichkeiten, die wahrscheinlich größere Beiträge erbringen werden, als das Sparen etwa an Büromaterial. Da gibt es z. B. die hohen Pensionen. Pensionäre, die mehr Geld erhalten, als ein halbes Dutzend Arbeiter und Angestellte zusammen verdienen. Oder die hohen Gehälter. Auch da gibt es noch Sparmöglichkeiten. Die Schaffenden verlangen, daß zunächst einmal all die angedeuteten Möglichkeiten ausgeschöpft werden, bevor man daran denkt, die Minderbemittelten noch mehr zu belasten.

Genossin Kolb 65 Jahre alt



Genossin Mina Kolb feiert am 1. November ihren 65. Geburtstag. Schon in frühester Jugend wurde sie durch ihre Eltern, die unter dem Sozialistengesetz verfolgt und von einer Arbeitsstätte zur anderen

gehetzt wurden, mit den sozialistischen Ideen vertraut. Sie steht auch heute noch aktiv in vorderster Reihe im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse. — Die Genossinnen und Genossen der Ortsgruppe Luzenberg (und wir schließen uns dem an) gratulieren herzlich und wünschen, daß bald in Erfüllung gehen möge, wofür die Genossin Kolb sich ein ganzes Leben lang eingesetzt hat.

Mühlenbesitzer lehnen Lohnforderungen ab

Lohnverhandlungen in der Mühlenindustrie — Willkürakt gegen einen Betriebsrat wird vereitelt

In der Branche Nahrungsmittel und Genuß sind es die Löhne in der Mühlenindustrie, die am weitesten zurückliegen. Der Industrieverband Nahrung und Genuß verlangt eine Lohnerhöhung von DM —20 auf alle Lohngruppen. In Anbetracht der Teuerung, und angesichts der schlechten Löhne in dieser Industrie, ist diese Forderung noch kein Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Die Mühlenindustrie Mannheim-Heidelberg hat die Forderung der Gewerkschaft zunächst einfach ignoriert und sich nicht bereitgefunden, mit den Gewerkschaften an einen Verhandlungstisch zu setzen. Erst nachdem die Arbeiter es abgelehnt haben, weiterhin in den Mühlen Sonntags-Schichten zu verfahren, waren die Unternehmer bereit, zu verhandeln. Sie haben jetzt, wie wir erfahren, eine Teuerungszulage von 10 Prozent ab 1. November 1948 angeboten. Zu diesen Vorschlägen werden nun die Belegschaften in der Mühlenindustrie Stellung nehmen.

Entlassung eines Betriebsratsvorsitzenden vereitelt

Welcher Geist in den Kreisen der Mühlenbesitzer noch herrscht, zeigte sich dieser Tage kraß in der Hildenbrand-Mühle. Der dortige Direktor Mittenzwei hat am Montagmorgen den Betriebsratsvorsitzenden unter persönlichen Beschimpfungen aus dem Betrieb verwiesen. Diese Maßnahme hat in der Belegschaft große Empörung

hervorgeufen, zu einer Arbeitsniederlegung kam es nur deshalb nicht, weil sich die Betriebsleitung schließlich, nach Verhandlungen mit Betriebsrat und Gewerkschaft, bereit erklärte, die Maßnahmen gegen den Betriebsrat zurückzunehmen.

Teuerungszulage in der Metallindustrie

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir, daß die Unternehmer in der Metallindustrie nach stundenlangen Verhandlungen bereit waren, 10 Prozent Teuerungszulage zu gewähren. Der Industrieverband Metall, welcher ursprünglich 20 Prozent verlangt hatte, war bereit, seine Forderung auf 12 Prozent herabzusetzen. Wie wir nunmehr erfahren, hat sich der Metallarbeiterverband mit dem Anerbieten der Metallindustrie abgefunden. Es bleibt also bei einer Teuerungszulage von 10 Prozent für Männer und 8 Prozent für die weiblichen Arbeitskräfte.

Für die Firma Robert Bosch in Stuttgart ist eine Sonderregelung getroffen, dort werden 12 Prozent für Männer und 10 Prozent für weibliche Arbeitskräfte gewährt. Die Boschbelegschaft hatte, wie wir ebenfalls berichteten, sich zu 96 Prozent für Kampfmaßnahmen in einer geheimen Abstimmung entschieden, falls die Unternehmer nicht bereit sind, die geforderten 12 Prozent zu bezahlen.



Ein Ausschnitt aus der Riesenkundgebung der Mannheimer Bevölkerung am 20. Oktober auf dem Marktplatz

„Geredet ist genug — Jetzt muß gehandelt werden“

50000 Entlassungen bei der Reichsbahn

In erster Linie Arbeiter und untere Angestellte

In einem Rundschreiben des Hauptvorstandes der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands wird gesagt, daß die Besatzungsmächte wegen der angespannten Finanzlage die Verminderung des Personenbestandes der Reichsbahn um 50 000 Köpfe bis zum Jahreschluß für die Bizone fordern. In einer Aussprache zwischen der Gewerkschaft und Generaldirektor Busch am 19. Oktober in Offenbach sei festgestellt worden, daß bis Ende dieses Jahres 45 000 Arbeiter entlassen werden. Diese Zahl verteilt sich auf die Bahnunterhaltung mit 8000, auf das Werkstättenpersonal mit 31 000. Der Rest der zu Entlassenden soll ausschließlich aus Aushilfsarbeitern bestehen, deren Zahl gegenwärtig etwa 49 000 beträgt. Entlassungen vom Stammpersonal soll nicht stattfinden.

Es ist wie eine Ironie, wenn es in der von dem Vorsitzenden der Gewerkschaft, Hans Jahn, unterschriebenen Mitteilung zum Schluß heißt, alle Einzelheiten (der Entlassungen nämlich) würden im Benehmen mit dem Hauptbetriebsrat und der Gewerkschaft festgelegt. Die Entlassenen werden sich erinnern, unter welchen Versprechungen sie gewonnen wurden, und wie froh die Reichsbahn an ihnen war. Die Zusicherung, daß Stammpersonal nicht entlassen wird, ist offensichtlich darauf gemünzt, daß in dem jetzt nicht von der Entlassung betroffenen Teil der Eisenbahner ja keine Solidarität mit den entlassenen Kollegen erwacht. Die Reichsbahnräte, Amtmänner und Inspektoren, deren Zahl doppelt so groß ist wie notwendig, bleiben unangestastet, nichts hört man von einem Gehaltsabbau in den oberen Stufen, — die Arbeiter, die

das Rückgrat der Reichsbahn sind, sollen gehen. Das ist der gleiche Weg, wie er nach dem ersten Weltkrieg gegangen wurde.

Kapitalistische Steuerhinterziehung im Großen

375 Millionen Mark beträgt der voraussichtliche Fehlbetrag im württembergisch-badischen Staatshaushalt, nach den Ausführungen des Finanzministers Köhler in der Landtagssitzung vom 21. Oktober 1948. Die Besatzungskosten betragen 323 Mill. Mark. Der Finanzminister erklärte, daß die Steuermoral stark gesunken sei, und daß durch die Wirtschaft dem Staate Steuergelder entzogen würden, die in die Millionen gingen. Köhler erklärte, er habe den Antrag gestellt, daß bei Steuerhinterziehungen auch Freiheitsstrafen verhängt werden können. Um geordnete Zustände herbeizuführen, müsse auch das sogenannte „Loch im Westen“ gestopft werden. Die deutsche Grenze im Gebiet der französischen Zone sei für Schmuggel aller Art offen und der schwarze Markt sei mit unversteuerten und unverzollten ausländischen Waren förmlich überschwemmt worden.

Köhler bestritt, daß die Verwaltungsapparate der Länderregierungen aufgebläht seien. Bei der Besatzungsmacht in Württemberg-Baden seien 45 949 Personen beschäftigt, so viel, wie im ganzen Staatsapparat.

Auf einen Zwischenruf, die geplanten Kopfsteuern betreffend, bemerkte der Finanzminister, daß mit dem sogenannten Notopfer Berlin das Wochenprogramm erfüllt sei. Mit der Kopfsteuer könne man noch warten.

KARLSRUHE

20 000 Werkstätige protestieren gegen den Preiswucher

(Ebd.) Der vergangene Mittwochnachmittag sah die größte Kundgebung der Karlsruher Arbeiterschaft nach dem zweiten Weltkrieg auf dem Festhaldeplatz. Die Stimmung in den Betrieben war bis zur Siedehitze angestiegen und die Arbeiter erwarteten endlich eine entsprechende Reaktion der Gewerkschaften gegen die durch den Preiswucher unerträglich gewordene Senkung der Lebenshaltung. Erfreulicherweise folgten auch viele Hausfrauen dem Ruf des Gewerkschaftsbundes.

Kollege Kleinknecht vom Bundesvorstand begann seine Rede mit einer scharfen Abrechnung über die Politik Erhards und die Versammelten erwarteten mit Spannung die Kampfparolen der Gewerkschaftsführung. Schnell war jedoch das kämpferische Feuer des Kollegen Kleinknecht verlöscht.

Der Redner begegnete mehr als einmal dem Widerspruch der Kundgebungsteilnehmer, besonders als er sagte, daß das einzige Mittel, den heutigen Zuständen zu begegnen, der Stimmzettel sei.

Immerhin, der Aufmarsch der 20 000 hat das Kraftbewußtsein der Karlsruher Werkstätigen gehoben, trotz der Enttäuschung, die Kollege Kleinknecht mit seiner am Kern der Dinge vorbeigehenden Rede hinterließ. Kollege Flösser vom Ortsausschuß Karlsruhe äußerte sich nachher bei anderer Gelegenheit: „Wir haben wieder einmal das Ventil geöffnet, um schwere, für unsere Wirtschaft gefährliche Auseinandersetzungen zu vermeiden“. Hier muß gesagt werden, die schaffenden Menschen sind bis zum Rande mit der Ventilpolitik gesättigt. Sie wollen kämpfen, weil sie kämpfen müssen, um nicht sich und ihre Familien im Elend untergehen zu lassen. Mit der Erbitterung der Arbeiterschaft darf nicht weiter das frevelhafte Spiel der „Ventilation“ getrieben werden. Sie sehen in den Gewerkschaften das beste und einzige Mittel im Kampf um ihre Lebensrechte. Jeder, der damit leichtsinnig umgeht oder gar spielt, begeht ein Verbrechen. Dies sollte als Lehre aus der Karlsruher Protestaktion hervorgehen und den verantwortlichen Gewerkschaftsführern zur Mahnung dienen.

PFORZHEIM

Neuer Wohnraum?

Stadtratssitzung vom 13. Okt. 1948

Der neue Verkehrsplan für die Stadt Pforzheim wurde grundsätzlich genehmigt. Eine lange Debatte entstand wegen der zukünftigen Ueberführung über die Hachelbrücke oder Unterführung zur Sallerstraße. Mit Mehrheit stimmte der Stadtrat der Ueberführung zu. Auch andere Projekte lösten längere Diskussionen aus. Manche Dinge werden noch umgearbeitet werden müssen. Jedenfalls kann jetzt mit der Umlegung und dem Bebauungsplan begonnen werden, und dann dürfte das wichtigste Problem in Angriff genommen werden: „Bau von Wohnungen! Unsere Ausgebombten und Evakuierten warten darauf!“

Keine Entlassungen

Die derzeitige Beunruhigung der städtischen Angestelltenschaft wegen größeren Massenentlassungen ist nicht nötig. Die Verwaltung denkt an eine solche nicht, es werden höchstens noch einige kleinere Korrekturen vorgenommen.

Es wird Zeit

Wann gedenkt die Firma Rodi und Wienerberger in Pforzheim ihren Arbeitern und Angestellten den ehrlich verdienten Lohn und Gehalt voll auszahlen zu wollen? Lange darf es nicht mehr dauern!

Zeitungskonferenz

am Sonntag, dem 31. Oktober 1948, in Mannheim, S 3, 10, vorm. 10 Uhr. Es nehmen teil: Alle Agitprop-leiter, Zeitungsobleute, „Volks-echo“-Träger und -Trägerinnen und -Verkäufer.

Tagesordnung:

- 1. Entwicklung, Wesen und Bedeutung unserer Parteilpresse. 2. Was müssen wir tun? Kommunistische Partei Deutschlands Kreis Mannheim

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Nicht mehr tragbar!

Als Kleinrentner habe ich mit Erstaunen und Empörung erfahren, daß die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte — also auch der Mannheimer OB — ein Jahresgehalt von DM 20000 und DM 8000 Aufwandsentschädigung beziehen. Dazu muß man noch freie Wohnung und Heizung rechnen. Wenn man bedenkt, daß die wirtschaftlich schlecht gestellten Schichten — z. B. ein Kleinrentner mit einer monatlichen Unterstützung zwischen 50.— und 80.— DM auskommen müssen und daß man die allein stehenden und kranken Fürsorgeempfänger sogar mit DM 40.— monatlich vegetieren läßt, dann finde ich die hohen Beamtgehälter als nicht mehr tragbar. Man kann uns sicher nicht mehr erzählen, daß es mit dem so viel gepriesenen Geist der Demokratie zu vereinbaren ist, daß die arbeitenden Schichten und die Opfer des Krieges und der Arbeit allein die Last vergangener und gegenwärtiger Mißwirtschaft tragen sollen. Man könnte am besten, daran die Aufrichtigkeit der Parteien erkennen, ehrlich für die Interessen des Volkes einzutreten, wenn sie sich gegen diese ungerechte Lastenverteilung wenden würden. Ph. H., Mannheim.

Wir sind auch Deutsche!

Eines jedoch steht fest, erkannt haben wir jene Herren, die immer wieder versuchen, uns Flüchtlinge mit allen möglichen Phrasen und undurchführbaren Plänen abzuspähen und wir werden Stellung nehmen. Heute aber will ich jene Kreise darauf hinweisen, daß wir, die Flüchtlinge, die Ostpeste, je nach Belieben, doch nicht das sind für was sie uns halten. Nein, wir sind keine Menschen zweiter Klasse, sondern wir sind Deutsche, Deutsche mit Herz, Hirn und Hand. Wenn sie uns heute auch nur wie Ostarbeiter behandeln und uns gering-schätzig über die Schulter betrachten. K. P., Sulzfeld.

Wieder Allmend in Ladenburg?

In Ladenburg haben die Gemeindebürger durch eine Abstimmung beschlossen, die sogenannte Allmend wieder einzuführen. Von der Kommunistischen Partei, Ortsgruppe Ladenburg, wird uns dazu geschrieben: Damit soll das Unrecht wieder gut gemacht werden, das die Nazis durch Wegnahme der Allmend im Zuge des Erbhofgesetzes verschuldet haben. Die oberste Landesaufsichtsbehörde hat nun allerdings bereits vor einem Jahr die Beibehaltung des bisherigen Zustandes gefordert und in Ladenburg ist man gespannt, wie sich jetzt diese Landesbehörde einstellen wird, nachdem die Bürger ihre alten Rechte wieder zurückfordern.

Für manchen kleinen Landwirt ist es allerdings eine große Härte, wenn er Feld, das er seither in Pacht gebaut hat, wieder abgeben soll. Auf solche Fälle, in denen unbillige Härten durch die Rückgängigmachung der Allmend für kleine Landwirte entstehen, muß die Stadtverwaltung Ladenburg ihr besonderes Augenmerk richten. Bei der Vergebung von Grundstücken durch die Stadtverwaltung müssen die Landwirte, die am meisten in Mitleidenschaft gezogen sind, im weitgehendsten Maße berücksichtigt werden.

Zur Beachtung!

Wegen Unterschlagung von Arbeitsgeldern im Betriebe wurde das Mitglied Karl Wohlfahrt, geb. 11. 2. 1901 in Mannheim, wohnhaft K 4, 2, mit sofortiger Wirkung aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Das Mitgliedsbuch Nr. 1516 wird für ungültig erklärt.

Kommunistische Partei Deutschlands
Kreisvorstand Mannheim

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim S 3, 10. Verantwortl. für d. Inhalt: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10 (z. Z. in Urlaub, I. V. Gräsele, S 3, 10). Tel.-Nr. 432 60. - Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-5. Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.

Auf meine Herren zur Schlachtbank

Blutrichter Cuhorst wird überführt

Die Beweisaufnahme in der am 23. Oktober 1948 zu Ende gegangenen Spruchkammerverhandlung gegen Hermann Cuhorst hat ergeben, daß derselbe mit unglaublicher Brutalität seine Urteile fällte. „Auf meine Herren, zur Schlachtbank“, oder „Jetzt schaffen wir bei den Hinrichtungen nach der Stoppuhr, man kann auch in 30 Minuten zu einem Todesurteil kommen“, so und in ähnlicher Weise ließ sich der Blutrichter Cuhorst während seiner Sondergerichtspraxis aus. Der Prozeß gegen die Mannheimer Kommunisten mit Todesurteilen und schwere Zuchthausstrafen, hat nur drei Stunden gedauert. Der ehemaligen kommunistischen Stadtverordneten, Henriette Wagner, die bei der Verkündung des Todesurteils gerufen hat, meine armen Söhne, hat Cuhorst, laut Angaben des Zeugen Hahner, zugerufen: „Sie sind nicht wert, die Mutter eines deutschen Soldaten zu sein.“ Unter den Entlastungszeugen findet man den ehemaligen Sonderrichter Azesdorfer, der Mitläufer geworden

ist und Dr. Stuber, deren Aussagen darauf basieren, daß sie Mitläufer oder Entlastete geworden sind und als solche „mit Cuhorst keine Schwierigkeiten gehabt“ hätten. Der Kammer liegen eidesstattliche Erklärungen dieser Leute vor, die noch zu einer Zeit gemacht wurden, als sie glaubten, für ihre eigene Haut fürchten zu müssen. Diese Aussagen enthalten erhebliche Belastungen Cuhorsts. Man hat ihn also damals zur eigenen Entlastung zum Alleinschuldigen gestempelt. Heute aber bewährt sich die alte gute Zusammenarbeit. Die früheren Aussagen werden am laufenden Band widerrufen und wenn, wie es vorgekommen ist, in ihren ursprünglichen Aussagen die Zeugen Cuhorst für irgend etwas verantwortlich machten, während Cuhorst ihnen die Schuld in die Schuhe schob, dann einigt man sich schnell auf einen Dritten, der es gewesen sein muß.

Der öffentliche Kläger beantragte 6 Jahre Arbeitslager, Vermögensentzug und dauernde Berufsuntersagung.

Vor dem Zusammenbruch der Fleischversorgung

Wo bleiben die 300 000 Fleischkonserven — Aussprache in Karlsruhe

Dz. Jedermann weiß, daß in vielen Gaststätten markenfreies Fleisch zu entsprechenden Preisen serviert und auf dem Schwarzen Markt alle Sorten in erheblichen Mengen gehandelt werden. Die Hausfrauen wissen aber auch, daß sie seit langen Wochen vergeblich in den Metzgereien nach Frischfleisch fragen und in den letzten 14 Tagen sogar das mit Wasser in nahem verwandtschaftlichen Verhältnis stehende Büchsenfleisch kaum mehr zu haben ist.

Um aus der katastrophalen Lage der Karlsruher Fleischversorgung einen Ausweg zu suchen, lud das Bürgermeisteramt die Vertreter der Parteien und Gewerkschaften, des Landesernährungsamtes und Viehwirtschaftsverbandes, sowie die Herren der Metzgerinnung zu einer Aussprache ein. Was man da zu hören bekam, war in mehr als einer Beziehung interessant. Der Vertreter des Viehwirtschaftsverbandes bezeichnete die Politik Schlange-Schöningsens und seiner Verwaltung als ein Muster von Desorganisation und Widersprüchen. Auch die Politik von Minister Stoß wurde einer heftigen Kritik unterzogen. Minister Stoß wehrt sich mit allen Mitteln gegen die notwendige Erfassung des Viehes. Ungeklärt ist der Verbleib von 300 000 Büchsen Fleisch, die noch vor der Währungsreform nach Nordbaden geliefert werden sollten, nachdem Württemberg seinen Anteil von 600 000 Büchsen rechtzeitig erhalten hatte und Nordbaden nur einen Vorschuss von 96 000 Dosen tatsächlich erhielt.

Der Vertreter der KPD verlangte eine zentrale Exekutive in den Städten Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim um dem Uebelstand abzuhelfen. Die bisherigen Erfassungsmethoden haben sich als unwirksam erwiesen und müssen in örtlichen Ausschüssen eine breitere vor allem demokratische Grundlage erhalten. Die Mehrzahl der an der Aussprache Beteiligten war sich darüber klar, daß weder von Frankfurt noch von Stuttgart eine Besserung der gegenwärtigen Fleischversorgungslage zu erwarten sei.

Kollege Flösser als Gewerkschaftsvertreter hätte es sich allerdings ersparen können mit dem Schreckgespenst des Kommunismus zu drohen, wenn die verantwortlichen Instanzen weiterhin versagen sollten. Für die Gewerkschaften ist es eine vornehmere Aufgabe den Kampf um die Herabsetzung der Industriepreise zu führen, um damit auch die Spanne gegenüber der landwirtschaftlichen Produktion zu beseitigen, als den Bauern mit der letzten Kuh einzuschüchtern, die der Bolschewismus ihnen aus dem Stall holen würde.

Nach Frankfurt und Stuttgart werden nun Resolutionen gesandt, die ebenso wie die Vorgänger im Papierkorb enden werden. Solange die Bevölkerung sich auf die Verelendungspolitik im Wirtschaftsrat und den Länderregierungen verläßt, wird keine Besserung eintreten. Eine wirkliche demokratische Gestaltung der gesamten Wirtschaft kann nur auf der Grundlage der Politik der Kommunistischen Partei erfolgen.



Sport der Woche

Waldhof erringt nach schönem Spiel den ersten Heimsieg
Mühlburg sorgt für Ueberraschung

Südd. Oberliga

Eintr. Frankf. — Kick. Offenbach 1:3
Waldhof — Bayern München . . . 3:1
VfB Stuttgart — VfR Mannheim . . 3:1
Rödelheim — BC Augsburg . . . 4:3
1. FC Nürnberg — Stuttg. Kickers 3:2
Schweinfurt 05 — FSV Frankfurt 2:4
Schwaben Augsburg — Ulm 46 . . 3:0
1860 München — VfB Mühlburg . 4:4

Waldhof zeigte sich in aufsteigender Form und errang gegen Bayern München nach schönem Spiel, hauptsächlich in der zweiten Hälfte, den ersten Heimsieg. — Der VfR Mannheim hatte wie schon so oft, in Stuttgart kein Glück und verlor 1:3. — Unsere Voraussage wegen 1860 — Mühlburg ist prompt eingetroffen. Die Mühlburger konnten einen wertvollen Punkt mit nach Hause nehmen. — Der kommende Sonntag bringt für Mannheim das immer wieder zugkräftige Lokalderby Waldhof — VfR. In den Begegnungen der letzten drei Jahre gab es Waldhof-siege am laufenden Band. Ob's diesmal anders kommt, hängt von der Ta-

gesform beider Mannschaften ab und vom Fußballglück. — Mühlburg dürfte gegen Ulm zu einem sicheren Sieg kommen. — In Frankfurt, Stuttgart, Augsburg und München steigen gleichfalls Lokaltreffen, deren Ausgang offen ist. — Sonstige Spiele: Kickers Offenbach — Rödelheim, Schweinfurt — 1. FC Nürnberg.

Badische Landesliga

Viernheim — Feudenheim . . . 1:1
Phönix Karlsruhe — 1. FC Pforzh. 2:2
VfR Pforzheim — ASV Durlach . 2:4
Rohrbach — VfL Neckarau . . . 1:3
Friedrichsfeld — Sandhofen . . . 1:0
Knielingen — Schwetzingen . . . 0:1

Das kommende Wochenende bringt folgende Begegnungen: Durlach — Schwetzingen, Neckarau — Brötzingen, 1. FC Pforzheim — Rohrbach, Sandhofen — Phönix Karlsruhe, Feudenheim — Knielingen, Viernheim — Friedrichsfeld.

Unter der Lupe

Hundert Zentner Oelsaat und vierzig Zentner Weizen

Durch die Tageszeitungen ging in letzter Zeit die Meldung, daß sich der Treuhänder Alfred Bopp bei der Oel- u. Mahlmühle in Königsbach schwere Verstöße gegen die Bewirtschaftungsvorschriften zu schulden kommen ließ. Es handelt sich hier in erster Linie um über 100 Zentner Oelsaat. Die Landespolizei beschlagnahmte außerdem eine Kanne Oel, Auszugsmehl und Weizengries.

Obwohl die Polizei die Angelegenheit schon wochenlang in Bearbeitung hat, hört man nichts mehr davon. Soll Gras über diese Angelegenheit wachsen. Die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse daran zu erfahren, wie lange Herr Bopp zum Nachteil des Betriebes noch Treuhänder bleibt oder hat Herr Bopp als ehemaliger Offizier und Ritterkreuzträger das Privilegium weiterhin in Amt und Würden zu bleiben. Auch interessiert es die Öffentlichkeit wer die 40 Zentner Weizen gefunden hat, die letztes Jahr beim Transport vom Bahnhof zur Mühle verloren gingen.

Durch diese Machenschaften leidet nicht nur die Allgemeinheit Not, sondern auch die Ablieferungsmoral.

Hier hat man den Bock zum Gärtner gemacht und wird zur Tatsache, daß man die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt, KPD Königsbach.

Wer zahlt die Zeche?

Woher kommt das Fleisch? Wer zahlt den Wein? Woher kommen die Eier, wenn der Landrat von Tauberbischofsheim seine Runden macht? Ob das Wirtschaftsamt von Tauberbischofsheim obige Fragen beantworten wird? —St. S.—

Deutsche Widerstandsbewegung international anerkannt

In einer Verlautbarung des Rates der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der am 16./17. Oktober 1948 auf der Wartburg bei Eisenach tagte, heißt es u. a.: „Die Aufnahme in die FIAPP (Internationale Vereinigung der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus) und die Anwesenheit der ausländischen Delegierten am 12. September in Berlin bedeuten die Anerkennung des Kampfes der deutschen Widerstandsbewegung gegen den Faschismus. Damit ist die VVN als Glied in der internationalen Gemeinschaft gegen Krieg und Faschismus anerkannt worden.“

Der Rat der VVN ersucht die Organisation der Länder und jedes einzelne Mitglied, erstens eine größere Wachsamkeit gegen alle neofaschistischen Erscheinungen zu entfalten, zweitens einen leidenschaftlichen Protest zu erheben gegen die Schonung der Kriegsverbrecher und die Rehabilitierung von faschistischen Elementen, drittens sich mit aller Tatkraft einzusetzen für die Förderung der Friedensbewegung.

In der Verlautbarung verwahrt sich der Rat der VVN schärfstens gegen jede Propaganda, die Internierungslager der Alliierten den Konzentrationslagern des Faschismus gleichzustellen. Die VVN wird bei der FIAPP anregen, eine internationale Delegation unter Teilnahme deutscher Kameraden aufzustellen, die feststellen soll, wie und ob die Verfolgung der Kriegsverbrecher in Deutschland durchgeführt wird und die bei den Alliierten um die Erlaubnis nachsuchen soll, alle Internierungslager besuchen zu dürfen. Der Rat der VVN bedauert aufs tiefste, daß Kameraden unserer Organisationen von Parteien in ihrer Koalitionsfreiheit beeinträchtigt und dadurch in Gewissenskonflikte geführt würden. Mögen die vor die Entscheidung gestellten Kameraden bedenken, daß nicht zuletzt die feindselige Isolierung demokratisch-antifaschistischer Parteien vor 1933 einer der Hauptursachen für die Errichtung der faschistischen Herrschaft in Deutschland war.“

Sprechstunden für Verfolgte des Naziregimes

Der öffentliche Anwalt für Wiedergutmachungssachen für den Amtsgerichtsbezirk Mannheim hält am Montag-, Mittwoch- und Freitagmorgen jeder Woche von 14.30 bis 17 Uhr Sprechstunden im Zimmer 31, II. St., des Hauses E 4, 13 (frühere Musikhochschule) ab. Rechtsuchende in Wiedergutmachungssachen werden gebeten, diese Möglichkeit zur Erlangung von Rechtsauskunft zu benutzen.